

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 02 | 11.01.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## Neu:

Felten/Kofler/Mayrhofer/Perner/Tumpel (Hrsg)

### [Digitale Transformation im Wirtschafts- & Steuerrecht](#)

Industrie 4.0, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz: Dieses Handbuch bietet Ihnen die erste umfassende Identifizierung und Aufarbeitung von Rechtsfragen, die sich durch die digitale Transformation in den verschiedenen wirtschaftsrelevanten Bereichen stellen. [436 Seiten, Linde Verlag, ISBN 9783707339956, 68 EUR]

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 1/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung parlamentarischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (**Parlamentsmitarbeiterinnen- und Parlamentsmitarbeitergesetz** – ParlMG), BGBl. Nr. 288/1992 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 65/2015 geändert wird (Ausdehnung des Vergütungsanspruchs für die Anstellung eines Parlamentarischen Mitarbeiters auf Fraktionsvorsitzende des Bundesrats)

### [BGBl I 2/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Symbole-Gesetz** wird (Aufnahme des Verbots der Verwendung von Symbolen der Gruppierung Muslimbruderschaft, der Gruppierung Graue Wölfe, der Gruppierungen Hamas, Kurdische Arbeiterpartei (PKK) und des militärischen Teils der Hisbollah sowie anderer Gruppierungen, die in Rechtsakten der EU als terroristische Vereinigungen, Körperschaften oder sonstige Organisationen angeführt werden und der Gruppierung Ustascha)

### [BGBl I 3/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Universitätsgesetz 2002** geändert wird (bessere Sichtbarkeit der Universität für Weiterbildung Krems in der österreichischen Universitätslandschaft; Einbindung der Universität für Weiterbildung Krems in künftige Überlegungen zur Gestaltung der wissenschaftlichen Weiterbildung)

#### [BGBl I 4/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesbezügegesetz** geändert wird (gesonderte Vergütung der An- und Rückreisen [einschließlich Nüchtigungen] zu Sitzungen von Untersuchungsausschüssen und zu besonderen parlamentarischen Terminen für Vorsitzende und Mitglieder von Untersuchungsausschüssen)

#### [BGBl I 5/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Tabakmonopolgesetz** geändert wird (Klarstellung der Zielsetzung der Monopolverwaltung; Einhebung von „Gebühren“ nach Art 3 Abs 9 der DurchführungsVO 2018/574 von Herstellern und Importeuren für die Tätigkeiten der Monopolverwaltung GmbH als Ausgabestelle soll systematisch in der gleichen Art und Weise wie die Einhebung der Entgelte von Tabaktrafikanten erfolgen)

#### [BGBl I 6/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Tabaksteuergesetz 1995** (TabStG) geändert wird (Einführung einer gesonderten Gattung von Tabakwaren, den sog „Tabakprodukten zum Erhitzen“ [„Heat-not-burn“] und der dafür erforderlichen Regelungen)

#### [BGBl I 7/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz**, das **Bauern-Sozialversicherungsgesetz** und das **Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** geändert werden (Klarstellung, dass auch die Telerehabilitation als Maßnahme der ambulanten medizinischen Rehabilitation gilt)

#### [BGBl I 8/2019](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** geändert wird (Klarstellung, dass auch die Telerehabilitation als Maßnahme der ambulanten medizinischen Rehabilitation gilt)

#### [BGBl I 9/2019](#)

**Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG** zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich über die weitere Entwicklung der Universität für Weiterbildung Krems (Donau-Universität Krems) (das Land NÖ stellt zusätzliche Infrastruktur zur Verfügung; Heranführung des Globalbudgets des Bundes für die Universität für Weiterbildung Krems perspektivisch auf 50 % des Gesamtbudgets der Universität)

#### [BGBl II 8/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der die Österreichische Arzneitaxe geändert wird (**138. Änderung der Arzneitaxe**)

## II. AMTSBLATT DER EU

#### [ABl L 4 v 07.01.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von **Arzneifuttermitteln**, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates

#### [ABl L 4 v 07.01.2019, 24](#)

Verordnung (EU) 2019/5 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von **Human- und Tierarzneimitteln** und zur Errichtung einer **Europäischen Arzneimittel-Agentur**, der Verordnung (EG) Nr 1901/2006 über **Kinderarzneimittel** und der Richtlinie 2001/83/EG zur Schaffung eines **Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel**

#### [ABI L 4 v 07.01.2019, 43](#)

Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über **Tierarzneimittel** und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/82/EG

#### [ABI L 6 v 09.01.2019, 1](#)

Mitteilung über das Inkrafttreten des **Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommens** zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits

#### [ABI L 8 v 10.01.2019, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2019/27 der Kommission vom 19. Dezember 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1178/2011 zur Festlegung technischer Vorschriften und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf das **fliegende Personal** in der **Zivilluftfahrt** gemäß der Verordnung (EU) 2018/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates

### **III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE**

#### **A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF**

##### 29.11.2018, [G 112/2018](#)

**RechtsanwaltsO**; Abweisung eines Antrags des VwGH auf Aufhebung einer Bestimmung der RechtsanwaltsO betreffend den Anspruch auf **Sondervergütung für Verfahrenshilfeleistungen** bei Erreichen von mehr als zehn Verhandlungstagen oder 50 Verhandlungsstunden; Abstellen auf die Verhandlungszeit in Zivilverfahren nicht gleichheitswidrig

##### 03.12.2018, [G 103/2018](#)

**Betriebliches Mitarbeiter- und SelbständigenvorsorgeG**; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung einer Bestimmung des Betrieblichen Mitarbeiter- und SelbständigenvorsorgeG betreffend die **Geltendmachung des Anspruchs auf Todfallsabfertigung**; kein Schutz vor (nachteiligen) Gesetzesänderungen durch den Gleichheitssatz; dreimonatige Frist zur Geltendmachung der Todfallsabfertigung im Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

##### 11.12.2018, [UA 4/2018](#)

**VfGG**; **Nichtgewährung einstweiligen Rechtsschutzes** in einer Beschwerdesache betreffend behauptete Verletzung in Persönlichkeitsrechten gem Art138b Abs 1 Z 7 B VG wegen Unzulässigkeit der Beschwerde des Betroffenen gegen die Klassifizierung bzw Behandlung von dem Nationalrat übermittelten Informationen durch den Präsidenten des Nationalrats sowie den BVT-Untersuchungsausschuss und dessen Funktionäre

#### **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

##### 20.11.2018, [Ra 2017/05/0300](#)

**VerwaltungsvollstreckungsG**; das Wesen der Vollstreckung besteht in der zwangsweisen Umsetzung einer in einem bestimmten Vollstreckungstitel ausgesprochenen Verpflichtung ins Tatsächliche; diese Umsetzung kann nur einmal stattfinden; die Vollstreckung muss eine Einheit sein; das entspricht nicht nur dem Schonungsprinzip des § 2 Abs 1 VerwaltungsvollstreckungsG, demnach sich der Verpflichtete nicht einer Mehrzahl von Vollstreckungsverfahren gegenüber sehen darf; den Grundsatz der **Einheitlichkeit des Vollstreckungsverfahrens** zeigt ebenso § 1a Abs 3 leg cit, in dem der Gesetzgeber in der Einzahl normiert, dass „die Vollstreckung“ von Amts wegen durchzuführen ist

##### 14.12.2018, [Ra 2018/02/0294](#)

**VwGVG**; das VwG hat gem § 44 Abs 1 VwGVG in **Verwaltungsstrafsachen** grundsätzlich eine **öffentliche mündliche Verhandlung** durchzuführen; in den Abs 2 bis 5 leg cit finden sich zulässige Ausnahmen von der Verhandlungspflicht; ein Absehen von der Verhandlung ist nach dieser Bestimmung zu beurteilen und zu begründen; ggst hat das VwG von der Verhandlung

abgesehen und das Absehen nicht begründet; die Verhandlung im Entziehungsverfahren kann eine solche im Verwaltungsstrafverfahren nicht ersetzen

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Vbg 20.12.2018, [LVwG-318-66/2017-R13](#)

**GewO**; lässt sich die **gewerbliche Betriebsanlage** (hier: Schlachtbetrieb) von den **nicht von der gewerblichen Betriebsanlage erfassten Räumlichkeiten** (hier: dem beantragten weiteren Stallgebäude für die Masthuhnhaltung) zeitlich und räumlich klar trennen, unterliegt nicht die gesamte Betriebsanlage der Genehmigungspflicht nach der GewO, auch wenn die tatsächlichen Betriebsabläufe in der Betriebsanlage eine Einheit bilden (hier: Mästung der Hühner mit anschließender Schlachtung und Weiterveredelung in einer im örtlich unmittelbaren Zusammenhang stehenden gewerblichen Betriebsanlage)

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[10.01.2019, Rs C-97/18, ET](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung von **Einziehungsentscheidungen** – Rahmenbeschluss 2006/783/JI – Art 12 Abs 1 und 4 – Für die **Vollstreckung** maßgebendes Recht – Recht des Vollstreckungsstaats, wonach bei unterbliebener Vollstreckung der Einziehungsentscheidung Ordnungshaft verhängt werden darf – Konformität – Recht des Entscheidungsstaats, wonach ebenfalls **Ordnungshaft** verhängt werden darf – Keine Auswirkung

[10.01.2019, Rs C-410/17, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst a und c – Art 14 Abs 1 – Art 24 Abs 1 – **Entgeltliche Umsätze** – Umsätze, bei denen die Gegenleistung zum Teil aus Dienstleistungen oder Gegenständen besteht – **Abbruchvertrag** – Vertrag über einen **Kauf zur Demontage**

### B. SCHLUSSANTRÄGE

[09.01.2019, Rs C-620/16, Kommission / Deutschland \(GA Szpunar\)](#)

Vertragsverletzung – Art 258 AEUV – Beschluss des Rates 2014/699/EU – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Art 4 Abs 3 EUV – Zulässigkeit – In der Vergangenheit liegendes Verhalten – **Weigerung** der Bundesrepublik Deutschland, ihr **Stimmrecht** bei der 25. Sitzung des **OTIF-Revisionsausschusses** gemäß dem Beschluss des Rates auszuüben

[09.01.2019, Rs C-668/17 P, Viridis Pharmaceutical / EUIPO \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – Verfallsverfahren – Wortmarke **Boswelan** – Verfallserklärung – Benutzung einer **Marke** im Rahmen einer **klinischen Studie**

[10.01.2019, Rs C-516/17, Spiegel Online \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Ausschließliche Rechte der **Vervielfältigung** und der **öffentlichen Wiedergabe** – Spielraum bei der Umsetzung in nationales Recht – Mit dem Ziel der Berichterstattung über Tagesereignisse verbundene Ausnahme – Angemessene Möglichkeit, vor der Veröffentlichung eine Erlaubnis einzuholen – Durch einen neben dem Text bereitgestellten Hyperlink zugängliche **Referenztexte** – In seiner spezifischen Form mit Zustimmung des Urhebers veröffentlichtes Werk

#### 10.01.2019, Rs C-607/17, Memira Holding (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Nationale Steuergesetzgebung – Niederlassungsfreiheit – Abzug von Verlusten einer **ausländischen Tochtergesellschaft** im Sitzstaat der Muttergesellschaft im Rahmen einer **Fusion** – Rechtfertigung der Nichtabzugsfähigkeit von sogenannten finalen Verlusten – Verhältnismäßigkeit eines fehlenden grenzüberschreitenden **Verlustausgleichs** – Begriff der sogenannten finalen Verluste

#### 10.01.2019, Rs C-608/17, Holmen (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Nationale Steuergesetzgebung – Niederlassungsfreiheit – Abzug von Verlusten einer **ausländischen Tochtergesellschaft** im Sitzstaat der Muttergesellschaft – Rechtfertigung der Nichtabzugsfähigkeit von sogenannten finalen Verlusten – Verhältnismäßigkeit eines fehlenden grenzüberschreitenden Verlustausgleichs – Begriff der sogenannten **finalen Verluste** – Erfordernis einer **unmittelbaren Beteiligung** der Muttergesellschaft für die Annahme eines finalen Verlustes – Berücksichtigung von Verlusten aufgrund einer **Verlustausgleichsbeschränkung** im Sitzstaat der Enkelgesellschaft – Berücksichtigung von Verlusten aufgrund eines fehlenden Konzernausgleichs im Jahr der Liquidation im Sitzstaat der Enkelgesellschaft

#### 10.01.2019, Rs C-647/17, Srf konsulterna (GA Sharpston)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Ort der **steuerbaren Umsätze** – Steuerpflichtigen angebotene Dienstleistungen – Erbringung von Dienstleistungen betreffend die **Eintrittsberechtigung** zu Veranstaltungen auf dem Gebiet des Unterrichts – **Lehrgang** in einem Mitgliedstaat, in dem weder der Dienstleistende noch die Teilnehmer ansässig sind – Lehrgang, der Anmeldung und Bezahlung im Voraus voraussetzt

## **C. GERICHT**

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### **10.01.2019, Beschwerde Nr 65286/13, Khadija Ismayilova / Aserbaidshan**

**Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und **Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Meinungsäußerungsfreiheit); **Hetzkampagnen** gegen eine regierungskritische **Enthüllungsjournalistin** (Bf) in Zeitungen; Veröffentlichung eines „Sexvideos“ der Bf und ihres damaligen Freundes im Internet; **versteckte Kameras** in der Wohnung der Bf; **Mängel** und Verzögerungen bei der **Untersuchung** des Falles; keine Feststellung durch die nationalen Behörden, ob es einen Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der Bf als Enthüllungsjournalistin und den gegen sie gerichteten Straftaten gab; die Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 15.000,--

#### **10.01.2019, Beschwerde Nr 18925/15, Wunderlich / Deutschland**

**Keine Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); teilweise **Entziehung** des **Sorge-rechts** für die vier Kinder der Bf durch die nationalen Behörden, weil sie sich **weigerten**, die Kinder zur **Schule** zu schicken; **fehlende Kooperation** der Eltern mit den nationalen Behörden; Maßnahmen bei **Kindwohlgefährdung** zulässig, wenn keine milderen Mittel greifen; Kinder müssen lernen, sich als Teil einer **sozialen Gemeinschaft** zu verstehen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.